

„Nicht ganz koscher“

Die Handelskammer wirft einen kritischen Blick auf den Haushaltsplan

VON POL SCHOCK

Falsche Berechnungen, falsches Wachstum, falsche Finanzpolitik: Die Handelskammer lobt zwar den Grundtenor des Haushaltsentwurfes von Finanzminister Pierre Gramegna – doch der Teufel steckt im Detail.

Marc Wagener hegt einen Verdacht. Einen Verdacht, dass das Finanzministerium bei der Berechnung des mehrjährigen Haushaltsplans nicht die aktuellsten Wachstumswerte berücksichtigt hat. Denn es gibt „Inkohärenzen“ im Budget, die „komisch“ wirken. Oder anders ausgedrückt: „Das ist nicht ganz koscher.“

Worauf bezieht sich nun der Verdacht? Kürzlich hat der Stated die Wachstumswerte für 2017 und 2018 gesenkt. Und zwar deutlich. Von ursprünglich 4,4 Prozent für 2017 und 5,2 Prozent für 2018 auf 2,7 bzw. 3,7 Prozent. Das seien insgesamt 3,2 Wachstumspunkte weniger innerhalb von zwei Jahren. „Ein enormer Betrag“, so Wagener, „der sich auch nachhaltig auf die Staatsfinanzen auswirken wird.“

Doch in der Haushaltsplanung lasse sich davon nichts erkennen. Im Gegenteil: Das Finanzministerium gehe sogar davon aus, dass die Einnahmen in den kommenden Jahren steigen werden. Geringeres Wachstum, aber dafür höhere Einnahmen? Wagener blickt auf und wiederholt den Begriff der „Inkohärenz“. Und Carlo Thelen, der Direktor der Handelskammer, springt ihm bei und spricht von einem „Paradoxon“.

Mehr qualitatives Wachstum!

Ob die Regierung die neuesten Zahlen bewusst ignoriert habe, um das Budget zu beschönigen? Soweit würde er dann nicht gehen, sagt Wagener. Aber er habe die klare Vermutung, dass der Haushaltsentwurf berechnet wurde, ohne die neuesten Zahlen des Stated zu berücksichtigen – bewusst oder unbewusst. Anders seien diese „Inkohärenzen“ nicht zu erklären. Thelen und Wagener fordern

deshalb Finanzminister Pierre Gramegna auf, in diesem Punkt für Klarheit zu sorgen.

Doch es war nicht die einzige Kritik der Handelskammer am Haushaltsplan. Die Kammer stellte nämlich unter anderem fest, dass die Regierung den Begriff „qualitatives Wachstum“ zwar oft benutze, dieser jedoch nicht aus den Zahlen des Haushalts hervorgehe. Vereinfacht ausgedrückt, gebe es laut Wagener nur zwei Wachstumsformen: Entweder es arbeiten mehr Menschen (quantitatives Wachstum) – oder die Menschen, die arbeiten, arbeiten besser (qualitatives Wachstum).

Aus der Analyse des Budgets gebe dabei klar hervor, dass die Regierung – entgegen der Behauptungen – auf Quantität setze. „Wir vergrößern den Kuchen, indem wir das Land vergrößern“, so Thelen.



Carlo Thelen spricht von „Paradoxon“ und fordert Erklärungen vom Finanzminister. (FOTO: GUY JALLAY)

Und um in der Analogie zu bleiben: Der gleiche Kuchen müsse mit weniger Menschen gebacken werden.

Das sei eine fatale Entwicklung, so die Handelskammer. Denn zum einen stellt man die Nachhaltigkeit eines solchen Wachstumsmodells infrage und wirft die Frage in den Raum, wo diese Arbeitskräfte eigentlich auf Dauer her-

kommen sollen. Und zudem weist die Handelskammer auf eines ihrer Kernthemen: Produktivität. „Seit 15 Jahren stagniert die Produktivität in diesem Land“, sagt Thelen. Qualitatives Wachstum bedeute jedoch, dass Betriebe produktiver und effizienter werden. Oder wie es die DP 2013 im vergangenen Wahlkampf ausdrückte: „Méi mat mander“.

Steuern senken

Um die Luxemburger Wirtschaft wettbewerbsfähiger zu gestalten, schlägt die Handelskammer dabei vor, die Betriebssteuer zu senken. Aktuell sei man auf 26 Prozent und würde „weit über dem EU-Durchschnitt von 21 Prozent“ liegen. Wagener fordert keine Herabsetzung auf zehn oder gar fünf Prozent – „kein Race to the bottom“ – sondern Luxemburg solle sich lediglich dem europäischen Median anpassen. Auch fordert die Handelskammer die Quellensteuer zu überdenken. In Zeiten in denen mehr Substanz von Unternehmen verlangt werde, würde die Quellensteuer die Luxemburger Unternehmen benachteiligen.

Die Handelskammer beanstandet zudem, dass es nicht kohärent sei, dass die Regierung gerade jetzt in Zeiten der Hochkonjunktur die Staatsausgaben erhöhe. Nach der reinen Lehre müsse es gerade umgekehrt sein. Höhere Ausgaben in Krisenzeiten und geringere Ausgaben in den fetten Jahren mit hohem Wachstum.

Dennoch begrüßte die Handelskammer, dass der Staat in die Infrastruktur investieren möchte. Langfristig werde Luxemburg dadurch wettbewerbsfähiger. Allerdings seien die Investitionen nicht annähernd so hoch, wie von der Regierung dargestellt bzw. wie sich die Handelskammer das wünsche.

Im Verhältnis würden die laufenden Kosten (z. B. Staatsgehälter) seit langem deutlich steigen und die Investitionskosten sogar überbieten. „Von hundert Euro gibt der Staat allein 23 Euro für Staatsgehälter aus“, so Wagener.